

# Briefe an einen Freund

Gedanken eines deutschen Europäers

Gerd Eisenbeiß

2014

# **Briefe an einen Freund**

Gedanken eines deutschen Europäers

von

Gerd Eisenbeiß

Copyright 2014 Gerd Eisenbeiß

ISBN: 9781311160317

Smashwords Edition, License Notes

This ebook is licensed for your personal enjoyment only. This ebook may not be re-sold or given away to other people. If you would like to share this book with another person, please purchase an additional copy for each recipient. If you are reading this book and did not purchase it, or it was not purchased for your use only, then please return to Smashwords.com and purchase your own copy. Thank you for respecting the hard work of the author.

Die Idee dieser zur Zeit fast 50 fiktiven Briefen an einen Freund ist es, Gedanken zu überwiegend politischen Problemen der Zeit in jeweils kurzen Texten zu beleuchten.

Die Entstehungszeit der Texte liegt zwischen 2008 und 2014; sie sind innerhalb thematischer Blöcke zu Politik, Wirtschaft und Philosophie nach dem Datum der Erstellung geordnet – die neuesten sind jeweils die ersten, aber die älteren sind auch 2014 unverändert aktuell.

Gerd Eisenbeiß , Bonn, im Jahr 2014

Übersicht:

## **[Wahlen und Demokratie](#)**

[Kurzanalyse der Wahl vom 22. 9.2013](#)

[Deutsche Politik nach dem 22.9. 2013](#)

[Plädoyer gegen Plebiszite](#)

[Es lebt die sozialdemokratische Mitte Deutschlands](#)

[Parteispenden von Unternehmen](#)

Politiker

Wahlrecht und Wahlbeteiligung

## **Wirtschaft und Soziales**

Zum Wachstum verdammt?

BIP und Wohlstand

Einkommensunterschiede verringern

EURO-Gewinner Griechenland und europäischer Geist

Staatsverschuldung bei wem?

Krankenversicherung

Das Ende der staatlichen Schuldenpolitik

ALG II, vulgo Hartz IV

Erbschaftssteuer

Managergehälter

Das Rentensystem im demographischen Wandel

## **Politische Befindlichkeit**

Nahrungsmittel: falscher Ruf nach Herkunftsinfo.

Sinkende Risiko-Akzeptanz

Wutbürger: der Bürger existiert doch gar nicht

Politikverdrossenheit, Bürgerverdrossenheit

Datenschutz

## **Andere Länder und Kontinente**

Was Putin weiß

Der Gaza-Krieg und das Israel-Dilemma

Putinologie – was will der neue Zar?

Flüchtlingspolitik – eine Teufels Alternative

Atlantische Freihandelszone?

Geschichtspolitik

Arabische Demokratien: die Frauen werden entscheidend sein!

Türkei in die EU?

Wertegemeinschaft USA-Europa?

Auslandseinsätze der Bundeswehr

## Energie- und Klimapolitik

Die Zukunft der Kernenergie

Die Kosten der Energiewende – ohne PV billiger

Kein Stopp für Klimaschutz und E-Wende

Kernenergie in Deutschland nicht subventioniert

Schaffen erneuerbare Energien eine industrielle Revolution?

CO2-freier Strom

## Geschichte

Ukraine, Krim und die Teilung von Staaten

Kriegsschuld 1914?

Schuld und Sühne von Firmen und Organisationen

Sind wir an (fast) allem schuld?

## Philosophie und Religion

Der neue Papst

Ewiges Leben?

Nachhaltigkeit: die Rolle des unbewussten Geistes

Falsche Glaubensgewissheiten

Eigentum: was gehört wem und warum?

Glaube und Unglaube in Deutschland

Entstehung des Universums

Der Autor

+++++++

## **Wahlen und Demokratie**

+++++++

Bonn, 21. Oktober 2013

Lieber Freund,

ich bin sehr viel weniger verwundert über das **Resultat der Bundestagswahl** im September als Du. Das liegt wohl daran, welchen Vergleich man betrachtet.

Ich denke, dass die Wahl 2009 für die kleineren Parteien unrealistische, d.h. nicht nachhaltige Gewinne gebracht hat, die dem prinzipiellen Zweifel an großen Koalitionen zuzuschreiben waren.

	24.09.2005	27.09.2009	22.09.2013
CDU/CSU	35,2	33,8	41,5
SPD	34,2	23	25,7
GRÜNE	8,1	10,7	8,4
FDP	9,8	14,6	4,8
LINKE	8,7	11,9	8,6
Piraten		2	2,2
AFD			4,7
Sonstige	3,9	6	4,1

Zunächst fällt bei einer Betrachtung der Lager auf, dass Schwarz-Gelb von 2005 (45%) über 2009 (48%) bis 2013 46%) nur unwesentlich zugenommen hat. Die Wähler dieses Lagers sind hin- und hergeschwappt. Eindeutiger Grund: 2009 wollten viele Unionswähler die Große Koalition beenden und die CDU weniger sozialdemokratisch machen. Dafür stand die Oppositions-FDP als taktische Parkstation für CDU-Stimmen zur Verfügung, d.h. die fast 15% auf dem FDP-Ticket waren „Park- und Leihstimmen“, die 2013 in der Bilanz zur Union zurückgekehrt sind.

Auch die SPD hat 2009 an kleinere Parteien wie Linke, Grüne und Piraten abgeben müssen, weil sie alle als Oppositionsparteien „Alternativen“ zur Regierung waren.

Interessant, die auf die beiden großen Parteien entfallenden Anteile zu addieren; Union und SPD hatten 2005 zusammen 69%, verloren in Summe 2009 fast 13%-Punkte und machten das 2013 mit einer Zunahme auf 67% wieder wett.

Dramatisch ist dabei allerdings das Schicksal der SPD, die 2005 mit der Union noch gleichauf lag, 2009 war die Differenz 10%-Punkte, 2013 sogar 15%-Punkte.

Nimmt man die Wahl 2009 wegen des Effektes der Großen Koalition heraus, sieht man den dramatischen Einbruch der SPD von 2005 auf 2013 um 8,5%-Punkte umso deutlicher, als Grüne und Linke in diesem Vergleich nicht „lager-kompensatorisch“ zugelegt haben.

Was ist also passiert?

Deutschland ist sozialdemokratischer geworden und die Union auch. Sie hat unter Angela Merkel und Horst Seehofer die meisten harten Gegensätze zu SPD und GRÜNEN durch Übernahme links-grüner Leitthemen (insbesondere Kernenergie-

Ausstieg, Erneuerbare Energien, mehr Geld für Bildung und Forschung, Mindestlohn) weggeräumt, d.h. die Union hat sich gewaltig geändert! Was die Union als Sozialdemokratisierung der deutschen Gesellschaft spürte und aufnahm, hat zugleich der FDP das Genick gebrochen. Ihr ideologisches Freiheitsgerede zieht nicht mehr; ihr Klassenkampf für die Besitzenden ist weniger vermittelbar denn je!

Dass das Spitzenpersonal der FDP seit Westerwelle nicht mehr ausreichend überzeugen konnte, kommt hinzu. Demgegenüber strahlt die Bundeskanzlerin Solidität aus – man vertraut ihr bis weit in die Anhängerschaft der linkeren Parteien hinein. Der Kanzlerkandidat der SPD hätte mit hoher Sachkompetenz besser punkten können als dem mageren Ergebnis der Wahl. Ihm hat die Kampagne um die Vortragshonorare gleich zu Beginn die Chancen vermässelt – das Image des hochgeachteten Ex-Finanzministers und Krisenmanagers war dahin. Der Angreifer geriet in eine vertrackte (Selbst-)Verteidigungsposition.

Auch die GRÜNEN müssen sich mit einigen Wahrheiten auseinandersetzen. Sie haben seit 2005 nichts dazu gewonnen, d.h. sie stagnieren mit ihren Themen, die zwischenzeitlich geradezu himmelsstürmende Auftriebskräfte freigesetzt hatten (Stuttgart 21, Fukushima und die Kernenergie-Kontroverse). Hier ist das baden-württembergische Bundestagswahlergebnis hochinteressant: 10,7, 13,9, 11% waren die Ergebnisse der letzten drei Bundestagswahlen. Zwischen 2009 und 2013 hatten Umfragen die GRÜNE teilweise über 30% gehoben. Bei der Landtagswahl 2011 sorgte Fukushima für 23% und den Posten eines Ministerpräsidenten. Nun ist die Union wieder obenauf. Ergebnis 2013: 45,7%, zusammen mit der FDP gegenüber 2005 unverändert knapp 52%.

Man kann sagen, dass sich die LINKE auch in den alten Bundesländern trotz Verlusten etabliert hat. Das wird sehr deutlich, wenn man 2013 mit 2005 vergleicht, als jeweils 8,6% erreicht wurden: im Osten Abnahme um etwa 3%, im Westen Zunahme um knapp 1%, in den Stadtstaaten incl. Berlins um 2%.

2013 liegt die Partei in den Stadtstaaten Berlin (18,5%) sowie Bremen und Hamburg (um gut 9%) relativ hoch, im Saarland schmilzt der Lafontaine-Faktor sehr schnell ab (jetzt 10%, 2009 noch 21%). Während die Partei im Westen gegen 2009 nur um grob 3% abgenommen hat, sind es im Osten 4, 5 bis 8%-Punkte!

In den westdeutschen Flächenstaaten hat die LINKE im Übrigen um 5% erreicht, in den ost-deutschen dagegen noch immer um 22%.

Die Piraten haben wohl das Schicksal erlitten, das ihnen auch anderswo (Schweden) widerfahren ist: eine kurze Hype als Protestpartei und dann Absturz in die Bedeutungslosigkeit (s. a. meine Analyse und Prognose vom März 2012 dazu auf <http://www.amrehsprung.de> ). Ihr schmales Themenspektrum ist zu technisch, so dass sie noch nicht einmal mit dem allgemein populäreren Thema Datenschutz punkten konnten.

Zudem hat sich die junge AFD als neues Sammelbecken von Protestwählern aus allen Ecken angeboten. Ihr Achtungserfolg hätte größer sein können, wenn sie es geschafft hätte, aus der Ecke scheinbarer Europaskeptiker und –gegner herauszukommen. Hier war eine nicht ganz faire Kampagne der anderen Parteien ursächlich, die Ablehnung der „Rettungspolitik“ als gegen Europa gerichtet zu diffamieren.

Wenn es jetzt mit einer Großen Koalition weitergehen sollte, darf man gespannt sein, ob das Schicksal der SPD dem des Jahres 2009 oder des Jahres 1969 ähneln wird. Die zu erwartende wiederum sozialdemokratische Politik der Koalition kann einer starken SPD-Führungspersönlichkeit die Chancen Willy Brandts eröffnen, zumal die heute unangefochtene Kanzlerin mit einer gewissen Merkel-Müdigkeit des Publikums rechnen muss.

Es bleibt spannend!

Dein...., Bonn, 21. Oktober 2013

+++++

Bonn, 25. Juni 2013

Lieber Freund,

Du fragst sorgenvoll, wie es nach der **Bundestagswahl** im September **2013** weiter gehen wird. Versprechen nicht alle Parteien letztlich ein „weiter so“ – teilweise mit einem leichtsinnigen „und mehr“? Insbesondere beim Energie- und Klimaschutzthema könntest Du nicht erkennen, wie die ehrgeizigen Vorhaben erfolgreich werden könnten.

Ich kann mit Blick auf die anstehende 18. Legislaturperiode nur sagen, Deutschland hat sich übernommen und wird ab September schrittweise erklären müssen, was nicht mehr geht. Das wird einer wiedergewählten schwarz-gelben Regierung leichter fallen – sie muss nur ihr grünes Mäntelchen ablegen. Kaum zu

prognostizieren ist das Regierungshandeln einer rot-grünen oder gar großen Koalition, weil die eher links-grüne Klientele enttäuscht und getroffen werden wird.

Besondere Konfliktlinien werden der Gegensatz von radikalem Klimaschutz und Lebenshaltungskosten einerseits und zwischen Klimaschutz und Naturschutz andererseits sein.

Was ist im Einzelnen zu sehen?

Auf der Einnahmeseite des Staates wird der Rückgang der Konjunktur durch weiteren Abbau der Exportüberschüsse das üppige „Sprudeln“ der Steuerquellen und die gute Lage am Arbeitsmarkt beenden; die bereits spürbare Krise der Fahrzeugbranche ist der erste Teil dieser neuen Phase in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Man muss sich auch vor Augen halten, dass die gerade von Deutschland geforderte bessere Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer Europas natürlich spiegelbildlich eine Verminderung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit erzwingt – von der ostasiatischen Konkurrenz auch bei hochwertigen Industrieprodukten ganz zu schweigen.

Das ist keine Cassandra-Prognose einer großen Krise, sondern nur die Aussage, dass es mit der wirtschaftlichen Sondersituation Deutschlands zu Ende gehen wird – ja zu Ende gehen muss, weil andere den deutschen Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 100 Mrd. € pro Jahr als Störung eines vernünftigen Gleichgewichts, ja als Teilursache ihrer eigenen Probleme sehen.

Da alle denkbaren Koalitionen fest zu Europa und der Hilfe für Krisenländer stehen, werden erhebliche Finanzleistungen fällig werden, die bisher nur als „Kredite“ auf der Haben-Seite stehen. Das wird entweder zur Verletzung der Verfassung durch Missachtung der Schuldengrenze führen oder zu Einschnitten in sozial und ökologisch begründete Ausgaben oder Belastungen, wie sie aus Klimaschutz und der Förderung erneuerbarer Energien resultieren.

Auch wenn ich glaube und hoffe, dass das Projekt einer transatlantischen Freihandelszone scheitert, so muss doch die europäische Integration weiter gehen. Die nächste Regierung wird sich einer weiteren Integration der europäischen Energiewirtschaft nicht entziehen können – konkret: die Gas- und Stromwirtschaft muss auf EU-Ebene koordiniert werden, um kompatibel zu funktionieren. Sonderwege wie das Vorpreschen (ist es das denn?) der Deutschen mit ihrer Energiewende werden nicht mehr an den Nachbarn vorbei verfolgt werden können. Der grenzüberschreitende Netzausbau sowie die Anpassung der Preise an den



Börsen werden das bisherige Reservat nationaler Souveränität beim Stromerzeugungsmix aufheben; der Strommarkt der nächsten Jahre wird trotz deutschen Atomausstiegs von Kraftwerken aller Art beschickt werden, d.h. Kernenergie, Kohle, Gas und erneuerbare Stromquellen werden zu einer europäischen Symbiose finden müssen – auch deshalb, weil die erneuerbaren Stromquellen back up und /oder Speicherkapazitäten brauchen, die in europäischer Dimension deutlich billiger werden als in nationaler Autarkie.

Dabei wird auch die nächste Bundesregierung nicht in das Abenteuer Fracking einsteigen, egal ob es sich wirtschaftlich als attraktiv erweist und ökologisch vertretbar. In Deutschland gibt es keinerlei Akzeptanz für kollektive Risiken.

Politisch brisant werden dann sowohl das Schicksal des Klimaschutzes wie auch der erneuerbaren Stromquellen. Das Ende der deutschen Wirtschaftsüberlegenheit wird das Problem der Stromkosten aus sozialen Gründen noch dringender machen als schon jetzt. Eine ehrgeizige Aufstockung der Klimaschutzziele sowie der Ausbauziele für erneuerbare Energien für 2030 wird in Europa nicht gelingen und die neue deutsche Regierung wird froh sein, wenn sie mehr fordern kann, ohne befürchten zu müssen, dass ihre Forderungen erfüllt werden.

Auch auf dem Gebiet der Energieeinsparung, wo schon jetzt die Ziele für 2020 unerreichbar sind, wird es keine Beschleunigung der Effizienzfortschritte von bisher 1 bis 1,5% auf die angestrebten 2,5 bis 3% geben, weil die erforderlichen Förderungsmaßnahmen nicht finanzierbar bleiben. Im Automobilmarkt droht ein besonderer Konflikt, wenn die deutsche Premium-Klasse durch unrealistische Verbrauchs- und Emissionsvorschriften abgewürgt wird – mit Vorteilen für Marken aus Italien, Frankreich etc. Auch hier wird die nächste Bundesregierung, selbst in einer rot-grünen Version, die Arbeitsplätze gegen radikale Normen verteidigen müssen, zumal gerade die Oberklasse-Fahrzeuge wahre Innovationsquellen für viele andere Industriebereiche sind.

Spannend wird es, wenn die heilige Kuh des EEG geschlachtet werden muss, weil die von diesem Gesetz gesicherte, unbegrenzte Absatz- und Profitgarantie zu einem teuren Wildwuchs von Photovoltaik- und Windanlagen geführt hat. Zwar wird man diese beiden Garantien nicht aufheben können, da ansonsten keine Anlagen mehr gebaut werden, aber man kann und muss ein energiewirtschaftliches Genehmigungsverfahren einführen, damit der weitere Zubau mit dem Zustand der Netze (auch grenzüberschreitend) kompatibel wird.

In der Branche der Erneuerbaren wird die bei der Photovoltaik begonnene Misere weiter gehen; das werden die erfolgsgewohnten Hersteller sowie die nach zig Millionen zählenden Fans erneuerbarer Energien nicht akzeptieren wollen. Demonstrationen gegen die Regierung sind sicher, denn man wird ihr die Schuld geben, dass die Träume vom zügigen Marsch auf die 100% (Erneuerbarer Anteil an der Stromerzeugung) nicht so schnell Realität werden.

Im Einzelnen wird der Photovoltaikmarkt noch lange vom Räumen der übervollen Lager der Hersteller bestimmt sein und dann von den weiterhin vorhandenen Überkapazitäten; ausreichende Zollschränken zum Schutz der europäischen Hersteller wird es (hoffentlich) nicht geben, denn China wird nicht fair sein und zurück schlagen, wo es den Europäern richtig weh tut. Wieder ist die deutsche PKW-Premium-Klasse ein strategisch gutes Ziel für chinesische Gegenmaßnahmen, da die chinesischen Hersteller ohnehin vorhaben, in dieser Klasse selbst zum Marktführer zu werden (auch sie haben erkannt, wie viel Innovation aus diesem Bereich die Volkswirtschaft düngt). Zudem kann gerade die Photovoltaik nach Erreichen von 50 GW kaum mehr sinnvoll in den deutschen Strommarkt integriert werden, so dass nach 2015/16 ohnehin nichts mehr geht.

Erkennbar sind alle Parteien gewillt, die Stromversorgung durch Förderung von Batterien weiter zu verteuern und die Illusion zu nähren, es könne in Deutschland eine netzunabhängige Einzelhaus-Autarkie geben. Es kann nicht ausbleiben, dass Verbraucherschützer dagegen protestieren, dass sich auf diese Weise wiederum die Wohlhabenden von der Finanzierung der Versorgungssicherheit durch back up Kraftwerke und Speicher verabschieden, während insbesondere Mieter, die bereits die PV-Anlagen und nun auch die Batterien bezahlen mussten, dieser Kostenlast nicht ausweichen können.

Bei der Windenergie steigen seit 2 Jahren die Zweifel, ob sie die Energiewende so wesentlich tragen kann, wie zuvor erhofft. Im off shore Bereich scheinen die Kosten prohibitiv zu sein und zu bleiben. Immer mehr Fachleute setzen auf Windriesen im deutschen Mittelgebirge, deren Rotoren sich oberhalb der Baumgipfel drehen und deutlich höhere Volllaststunden als bisherige Land-Anlagen (kaum 2000 Volllaststunden) bieten. Das Problem dieses Schwenks ist absehbar: die Akzeptanz solcher Anlagen über den deutschen Wäldern wird zum neuen Engpass des Zubaus - Naturschutz wird zum Argument gegen Umwelt- und Klimaschutz.

Da auch die Biomasse (in welcher energetischen Anwendung auch immer) an enge Grenzen stößt, wird die nächste Regierung ein echtes Problem haben, erklären zu müssen, wie sie das Mengenproblem lösen will, ohne die Kosten weiter nach oben zu treiben und ohne die versprochene Bürgerbeteiligung bis hin zu Verbandsklagen zu verletzen. Viele Beispiele zeigen schon heute, dass eine frühzeitige Beteiligung der Bürger an den Standorten überhaupt keine Gewähr dafür ist, dass die erwünschte Akzeptanz geschaffen wird. Bürgerbeteiligung als Durchsetzungsinstrument, wie es eigentlich nötig wäre, um zeitgerecht Windanlagen, Transport- und Verteilnetze sowie Speicher zu bauen, sind dem Bürger suspekt; vielmehr verstehen einmal aktivierte Widerstandsinitiativen Bürgerbeteiligung als Recht zur Verhinderung unerwünschter Pläne.

Ich sagte eingangs, Deutschland habe sich übernommen; ja, das gilt eben auch für die ehrgeizigen Ziele der Energiewende wie auch die gleichseitig versprochenen Beteiligungs- und Verhinderungsrechte der Bürger.

Das betrifft in besonderer Weise die offenen Fragen des Kernenergie-Systems in Deutschland, also die Endlagerung der Castoren und anderer nuklearer Abfälle. Zwar wissen alle Bürger und Parteien, dass es eine Lagerung geben muss, aber kaum jemand ist bereit, diese in seiner Nähe oder in seinem Bundesland zu akzeptieren; dabei tun sich diejenigen Parteien am schwersten, die am längsten an der Kernenergienutzung festgehalten haben. Mag sein, dass nach den Landtagswahlen im Herbst und im Bund die Länder Hessen und Bayern noch auf die Linie der rot-grünen Landesregierungen einschwenken, das aber wird das Problem nicht lösen; Bürgerwiderstand und Gerichte (wie soeben in Brunsbüttel) werden nichts unterlassen, jeden konkret genannten Standort zu verhindern.

Darüber hinaus wird es in der nächsten Legislaturperiode relativ ruhig bleiben, weil Kommissionen tagen, um Endlager-Kriterien zu definieren. Sobald aber Standorte genannt und untersucht werden sollen, wird es wieder losgehen wie bisher: Bürgerinitiativen werden jeden Schritt zu blockieren versuchen mit Klagen und Aktionen, die von Gorleben bekannt sind. Unter unveränderten deutschen Verhältnissen ist eine Standort-Durchsetzung (notwendigerweise) gegen eine lokale Bevölkerung nicht vorstellbar.

Kernenergie und Klimaschutz werden voraussichtlich auf der europäischen Agenda harte Problembrocken bleiben, da einige Mitgliedstaaten wohl weiterhin Kernenergie nutzen und sogar neue Kernkraftwerke bauen wollen – nicht zuletzt, um

ihren Klimaschutzpflichten zu genügen. Wenn die europäische Integration der Stromnetzes ab 2014 jene Fortschritte macht, von denen auszugehen ist, werden Kernkraftwerk wegen der Priorisierung der erneuerbaren Stromquellen staatliche Unterstützung brauchen, wie sie GB und F schon heute verlangen. Keine Bundesregierung nach 2013 wird das verhindern können. Da Kernenergie eine ähnliche Kostencharakteristik hat wie erneuerbare Stromquellen (kaum Betriebskosten, zumal die Brennstoffversorgung ebenfalls stark investitionsintensiv ist), wird die überfällige Schaffung einer neuen europäischen Strommarktordnung ein politisches Minenfeld erster Klasse.

Richtet man den Blick auf den ebenfalls ehrgeizig gesetzten Klimaschutzbeitrag Deutschlands, eine Treibhausgas-Reduktion von möglichst 30% bis 2020 und 40% bis 2030(Basis 1990), so wird die nächste Regierung bekennen müssen, dass auch solche Ziele nicht erreichbar sein werden; vielmehr wird man Gas und Kohle einsetzen müssen und dabei auch auf die Braunkohle mit ihren höheren Emissionsbeiwerten nicht verzichten können. Für die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist dieser Konflikt schon jetzt akut, eine rot-grüne Bundesregierung wird sich da nicht drücken können.

Was also ist der Kern meiner Prognose für die Politik der nächsten Bundesregierung?

Es wird mehr Europa geben und weniger deutsche Sonderposition der Stärke. Das öffentliche Geld wird auch in Deutschland wieder knapp, allerdings bleiben zunächst wenigstens die Zinsen niedrig, weil die europäische Wirtschaftslage nichts Anderes zulässt.

Die Energiewende wird fortgesetzt, aber mit deutlich vermindertem Tempo. Die Verletzung von Zielen beim Klimaschutz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden Proteste ebenso auslösen wie auch die weitere Verteuerung der Energie. Die Regierung wird keine „Preisbremse Strom“ beschließen können, sondern sie muss den Kopf dafür hinhalten, dass die Preise steigen; und sie wird nicht umhin können, in der Sozialpolitik Sonderzuschlägen zu gewähren, damit den untersten Einkommensschichten das Existenzminimum erhalten bleibt.

Oder: der Kernenergie-Ausstiegsbeschluss ist nicht das Ende des energiepolitischen Streits.

Dein ..., Bonn, 25. Juni 2013

+++++

Bonn, 30.11.2010

Lieber Freund,

entschuldige, aber ich finde Dich ungeduldig, ja ungerecht in Deinem harten Urteil über die Politik, die Parteien und die „Entfernung“ der Parlamente von dem, was die Menschen wirklich bedrückt. Das Volk könne doch selbst entscheiden und das müsse nun endlich auch in Deutschland eingeführt werden. Der aktuelle Konflikt um Stuttgart 21 ließe sich doch nur so lösen.

Ich bin da ganz anderer Meinung und zwar entschieden gegen **Volksabstimmungen** und –entscheide – nicht etwa, weil ich den Bürgern misstraue, sondern den Politikern. Du wirst keine Volksabstimmung erleben, die die Parteien und ihre Vertreter nicht zu einer Machfrage umprägen, die sie aus der Opposition heraus nicht als „Denkzettelmöglichkeit“ für die bekämpfte Mehrheit verfälschen; und die Regierenden werden jede Chance nutzen, ihrerseits Fragen so zur Abstimmung zu stellen, dass ihre Position beschönigt wird. Man muss da gar nicht theoretisieren, sondern nur in die Geschichte und auf die Geschichten über Volksabstimmungen schauen.

Zuletzt waren es die französische und die irische Volksabstimmung über den Verfassungsvertrag der Europäischen Union, bei dem die europafreundlichen französischen Sozialisten ausreichend häufig dagegen stimmten, weil es „unmöglich sei, so wie der (konservative) Präsident abzustimmen“ (Laurent Fabius hat diese diabolische Devise ausgegeben!). Der „Denkzettel“ für Chirac war also wichtiger als die historische Chance für Europa. Und über die von einer heterogenen irischen Allianz gegen den Lissabon-Vertrag verbreiteten Lügen ist ebenfalls eindrucksvoll berichtet worden; auch hier war der Denkzettel „gegen die da oben“ wichtiger als die Sache – ganz abgesehen davon, dass es bei 53% Wahlbeteiligung gerade 27% der wahlberechtigten Iren waren, die die Ablehnung mit knapper Mehrheit von gerade mal 110000 Stimmen bewirkten – so wenige Iren haben die ganze EU in eine Krise gestürzt.

Schon 2001 hatten die Iren eine Volksabstimmung über den Nizza-Vertrag; sie beteiligten sich mit 34% der Abstimmungsberechtigten und brachten den Vertrag mit ganzen 18% der Wahlberechtigten zu Fall (das waren 54% von 34%, also scheinbar eine Mehrheit). In diesem Fall haben die Iren später in einer Wiederholung doch noch zugestimmt, mussten also offenbar wählen, bis es richtig raus kam – oder bis die

Nicht-Wähler der ersten Abstimmung begriffen, was eine hoch mobilisierte Minderheit ihnen aufgedrückt hatte.

War es nicht auch in Deutschland vor Jahren albern, eine Volksbefragung in NRW zum Schulsystem ernst zu nehmen, bei der die agitierende Oppositionspartei noch nicht einmal die eigene Anhängerschaft zur gewünschten Stimmabgabe mobilisieren konnte? Auch hier kam eine relative Mehrheit derjenigen zustande, die als Anhänger der Opposition der Regierung „eins auswischen“ wollte, während die übrigen Bürger nicht vergleichbar mobilisiert waren.

War es in Österreich etwa noch eine Sachentscheidung zur Kernenergie, als der Bundeskanzler (damals SPÖ) seinen Rücktritt für den Fall eines Ergebnisses gegen das umstrittene Kernkraftwerk in Zwentendorf angekündigt hatte, so dass eher links wählende Kernenergiegegner oft genug pro Kanzler und Kernenergie abstimmten, während oppositionelle Wähler trotz Kernenergiebefürwortung dagegen stimmten, um der SPÖ eine Niederlage zu bescheren?

Auch die Volksabstimmungen in der Schweiz sind hochproblematisch, wenn z.B. am 28.11.2010 die SVP-Initiative zur völkerrechtswidrigen, bedingungslosen Abschiebung von ausländischen Straftätern mit gerade mal 27,5% (knapp 53% bei 52% Wahlbeteiligung) als angenommen gilt.

Und wer bestimmt, wie gefragt wird? Wir wissen aus Umfragen recht gut, wie viel davon abhängt, wie die Frage formuliert ist. So war es fast schon ein Wunder, dass die bayerische Bevölkerung eine Entscheidung abgelehnt hat, die eine Bürgerinitiative als „das bessere Müllkonzept“ gegen das Abfallkonzept der Landesregierung zur Abstimmung gestellt hatte. Ein Beispiel wäre auch eine Abstimmung über mehr staatliche Unterstützung für Arme; ich halte ein mehrheitliches „Ja“ für höchst wahrscheinlich, solange die Frage nicht mit einer entsprechenden Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der Sozialleistung verknüpft würde.

Und wer bestimmt, wer gefragt wird. Nimm das Beispiel des Bahnhofsumbau in Stuttgart: sollen nur die Stuttgarter als vom Bau Betroffene abstimmen oder alle Baden-Württemberger wegen des kleinen Finanzbeitrages des Landes oder alle Deutschen, denn es geht ja um den Ausbau des nationalen Bahnnetzes mit dem Löwenanteil an Bundesfinanzierung (die Bahn ist schließlich ein Bundesunternehmen) oder gar alle Europäer, denen es um die großen transnationalen Verbindungen geht, die besser, d.h. schneller werden sollen?

Ein weiterer Punkt, der Volksabstimmungen entscheidend beeinflusst, ist aktuelle Empörung, hundertfach verstärkt und rückgekoppelt durch die Medien. Eine Abstimmung über Strafgesetze oder Überwachungsmaßnahmen geht in Zeiten ohne spektakuläre Vorkommnisse sicher anders aus, als wenn gerade ein grausamer Mord oder gar ein Terroranschlag mit vielen Opfern geschehen ist.

Es darf als sicher gelten, dass es nicht ansatzweise ein Zusammenwachsen der europäischen Nationen und insbesondere die EU gäbe, wenn ihre Fortschritte von den Römischen Verträgen bis zum Euro und weiteren Verträgen von Volksabstimmungen abhängig gewesen wären oder würden. Zu leicht ist es noch immer, nationale Gefühle gegen die Aufgabe von Souveränitätsrechten zu mobilisieren; und bei 27 Mitgliedstaaten wird es immer wenigstens einen geben, in dem die Regierung gerade so unbeliebt ist, dass ihr ein „Denkzettel“ zu Lasten Europas verpasst wird. Insofern wäre eine Realisierung der österreichischen SPÖ-Vorschläge, jede Vertragsänderung in der EU einer Volksabstimmung zu unterziehen, eine Katastrophe für Europa.

Nein, man kann nicht nachdrücklich genug vor der Illusion warnen, Volksabstimmungen seien demokratische Sachentscheidungen. Sie sind weder demokratisch, solange die absolute Zahl der jeweiligen Ja-Stimmen unter der Wahlzustimmung der parlamentarischen Mehrheit liegt, noch Sachentscheidungen; schließlich wird doch jede Volksabstimmung als Schlachtfeld der Machtinteressen der Parteien missbraucht werden. Würde man wenigstens das Demokratiedefizit von Volksabstimmungen beheben wollen, so müsste man das Quorum, also die Wahlbeteiligung, ab der die Abstimmung bindend ist, sehr hoch ansetzen; fair erscheint, dass dieses Quorum identisch sein sollte mit der Wahlbeteiligung der letzten Wahl auf der staatlichen Ebene, auf der die Zuständigkeit für die zur Abstimmung stehende Sache liegt. Mit gutem Grund lehnen Verfechter von Volksbegehren und Volksentscheiden ein solches Quorum ab; denn sie wollen ja gerade mit mobilisierten Aktivisten Politik gegen Mehrheiten durchsetzen, die sich für die Sache nicht interessieren oder sie jedenfalls den Parlamenten überlassen wollen.

Nein! Wehret den Anfängen plebiszitärer Illusionen, insbesondere auf Bundes- und Landesebene; auf kommunaler Ebene ist der Schaden wenigstens nicht ganz so groß und der Kater nach sachfremd mobilisierten Minderheitsentscheidungen, die wegen undemokratisch niedriger Quoten zu Mehrheitsvoten verfälscht werden, möglicherweise heilsam.

Dein....., Bonn, 30.11.2010

+++++

Bonn, 19. März 2010

Lieber Freund,

natürlich gibt es viele Versuche, das **Bundestagswahlergebnis** vom 27. September 2009 zu bewerten. Aber da Du mich nach meiner Ansicht fragst, möchte ich zuallererst feststellen, dass die sozialdemokratische Politik der Großen Koalition mit fast 60% - bei erwartbaren Verlusten nach links und rechts – gute Zustimmung gefunden hat, also auch weiterhin mehrheitsfähig ist.

Das Rätsel, warum die SPD so schlecht abgeschnitten hat, hat eine recht einfache Antwort: Deutschlands Mitte denkt sozialdemokratisch, hielt aber Angela Merkel für die beste Repräsentantin dieser Politik. Weit unterschätzt wurde die Skrupellosigkeit der FDP, die von konservativen Kreisen wohl als ein wünschenswertes, „rechtes“ Korrektiv für die als zu sozialdemokratisch eingeschätzte Union gewählt wurde.

So gab und gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die von Angela Merkel geführte Große Koalition weitestgehend eine sozialdemokratische Politik der Mitte betrieben hat. Das Wahlergebnis zeigt doch eindeutig, dass diese Politik von konservativen CDU/CSU-Wählern nur unter Zähneknirschen hingenommen worden ist – am Wahltag mit spürbaren Verlusten zur FDP, die insbesondere den Wirtschaftskonservativen als klar definierte Interessenpartei der Wohlhabenden die bessere Alternative schien – und sei es nur, um die Union wieder nach rechts zu ziehen, wo sie unter Angela Merkel, Friedrich Merz und dem „Professor aus Heidelberg“ vor 2005 stand.

Ebenso erging es der SPD mit ihrer guten sozialdemokratischen Politik der Mitte gegenüber der links-populistischen PDS, nachdem sich diese des begnadeten Redners Lafontaine sowie einiger Gewerkschafter inclusive einiger kommunistischer Restgruppen im Westen bemächtigt hat. Notwendige Entscheidungen wie die sanfte, allmähliche Erhöhung des Rentenalters auf 67 oder die Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die einen fairen Ausgleich zwischen den Arbeitenden und den Empfängern von Leistungen darstellten und die bürokratischen Spielchen zwischen Kommunen (für Sozialhilfe zuständig) und der Bundes-Agentur



(für Langzeit-Arbeitslose zuständig) beendete, trieben spiegelbildlich zur konservativen Seite linkere Wähler in die Arme der „Linken“.

Dass Große Koalitionen an die Extreme, also an die beiden „Klassenparteien“ FDP und „Linke“ verlieren würden, ist Schulbuchweisheit, kann also niemanden überraschen. Überraschend war, dass die SPD für die gemeinsam mit der Union gestaltete sozialdemokratische Politik und das hervorragende Krisenmanagement vor allem des Finanzministers weniger Stimmen als die Union bekam – die Union also für ihren Schwenk auf sozialdemokratischen Kurs in der Mitte belohnt wurde und die Verluste an die FDP teilweise ausgleichen konnte. Offenbar hat es die Kanzlerin geschafft, die gute gemeinsame, aber eben sozialdemokratische Politik (man denke dabei auch an die Positionen von Frau von der Leyen!) als ihre Leistung zu reklamieren und dabei Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Ein gutes Beispiel ist die zunächst von der SPD verkündete „Rettung“ von OPEL; für die, die das positiv fanden, besetzte nach ganz kurzer Zeit die Kanzlerin das Thema. Wer die Rettungsversprechen für falsch hielt, dürfte – ausweislich der Wahlergebnisse an den Standorten – oft genug zur FDP gewechselt sein.

Demgegenüber haben Sozialdemokraten unterhalb der Regierungsebene keinerlei Stolz auf ihre Führungs- und Gestaltungsleistung im Interesse von Deutschlands Zukunft gezeigt, sondern sich für das Richtige eher geschämt; die Wähler mussten den Eindruck gewinnen, dass die SPD-Mitglieder „eigentlich“ wollten, was Lafontaine und die „Linke“ formulieren.

Dabei gab es allen Grund auf sozialdemokratischen Stolz:

Auf einen Bundeskanzler, der den amerikanischen Irak-Abenteuern nicht folgte, während seine Nachfolgerin versuchte, Deutschland sogar eine Mitschuld am Irakkrieg zu geben und sich bei G. W. Bush auf widerlichste Weise anbieterte. Wer hat die SPD eigentlich gezwungen, die richtige Agenda 2010 auf „Hartz IV“-Probleme verkürzt zu diskutieren?

Auf den Patrioten Müntefering, der die überfällige, weil demographisch zwingend logische Erhöhung des Rentenalters durchgesetzt hat, weil er Deutschlands Zukunft im Blick hatte und keine Parteibrille bevorzugte.

Ein international zu Recht hoch angesehener Finanzminister, der auch in Deutschland in der Gesellschaft mehr anerkannt wurde als von seiner eigenen Partei. In Anbetracht der Weltfinanzkrise dürfte Peer Steinbrück möglicherweise der beste Finanzminister aller deutschen Bundesregierungen gewesen sein.

Ein respektabler Außenminister

Ein tüchtiger Umweltminister, der allerdings innerhalb der Partei wie auch von außen ob eines Opportunismus-Verdacht misstrauisch beäugt wurde, heute aber ein bisher fehlerfreier, guter Parteivorsitzender ist

Ein tolle Gesundheitsministerin, die die zweitschwierigste Aufgabe der Großen Koalition hatte, völlig gegensätzliche Konzepte der Koalitionspartner in eine Politik zu gießen.

Gerade an Ulla Schmidt lässt sich auch zeigen, was die SPD versäumt hat: sie musste zwar Kompromisse wie den Zusatzbeitrag mit beschließen, hat aber nicht mit aller Deutlichkeit klar gemacht, dass sie auch einen solchen Festbeitrag grundsätzlich ablehnt und diese Missgeburt nur des Kompromisses wegen mitgetragen hat.

### **Konsequenz und Perspektive**

Wen diese Analyse überzeugt, der muss alles daran setzen, die breite inhaltliche Zustimmung zu sozialdemokratischer Politik wieder zu Kreuzen für die SPD machen. Die Chance ist vorhanden, weil die Kanzlerin der schwarz-gelben Koalition erkennbar von den Positionen der Mitte zugunsten von Klientel-Begünstigung und erratisch bis absurden FDP- und CSU-Wünschen abrückt, ja, dass sie zu Positionen zurückkehrt, die sie selbst vor 2005, also vor ihrer sozialdemokratischen Wende, eingenommen hat; sie entpuppt sich als Chamäleon. Der Koalitionsvertrag zeigt in der Sozial-, Steuer- und Gesundheitspolitik, welche Chancen die SPD mit einer verantwortlichen Politik hat, jene Wähler zurück zu gewinnen, die Angela Merkel irrtümlicherweise mit der guten Politik der letzten Jahre identifizieren. Diese Wähler suchen schon bald eine neue Heimat für ihre Stimme und werden zugleich abgestoßen reagieren, wenn ihnen von der „Linken“ unrealistische Radikalismen entgegenschallen oder die SPD in der Mitte der Gesellschaft nicht mehr als staatstragend und verantwortlich wahrgenommen wird.

Dass die Union das ähnlich als Gefahr sieht, ist an der Verzögerung konkreter Festlegungen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen abzulesen; auch die jetzt vor dem Mai zu beschließende Steuersenkung wird das nicht ändern, weil wieder nicht gesagt werden wird, wo gespart wird. Die SPD bringt das nur insofern unter Druck, als die SPD Steuervergünstigungen zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich für unverantwortlich halten muss und hält; Gabriels diese Woche bekundete

Kooperationsbereitschaft ist der Versuch, das Steuersenkungsversprechen nicht zur Waffe gegen die SPD werden zu lassen.

Würde sich die SPD auf einen Wettlauf mit der „Linken“ einlassen, wer hasserfüllter schimpfen und schönere Geschenkpakete versprechen kann, wäre an eine Rückgewinnung der sozialdemokratischen Mitte nicht zu denken.

Auf der rechten Seite dürfte es auch weiterhin eine gewisse Ernüchterung der Unionsflüchtlinge bei der FDP geben, insbesondere wenn der Finanzminister hart bleibt, schuldentreibende Steuergeschenke zu verhindern, d.h. es gibt ja zur Zeit schon eine gewisse Rückwanderung von Wählern von der FDP zur Union (außer in Bayern, wo die egoistisch-chaotische CSU an die FDP verliert). Die Union gewinnt aber nicht an Zustimmung, sondern verliert nach links – etwas überraschend an die GRÜNEN – jedenfalls in der Bilanz der „Sonntagsfragen“.

Auf die Bundestagswahl 2013 hin dürften die Chancen noch besser werden; denn diese Koalition verschießt das wenige Pulver, das sie sich auch noch leihen muss, zu Beginn der Legislaturperiode; 2012 wird sie die grundgesetzliche Verschuldungsgrenze zwingen, die Opfer und Abstriche planerisch konkret auszuweisen! Und vor einem Wahlkampf, bei dem Union und FDP für Kopf- und Herdprämien kämpfen und die SPD (hier nur einige Ideen) für folgendes

- für den Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“, also für Mindestlöhne
- für die Weiterentwicklung des noch bestehenden solidarischen Sozialsystems
- für eine Abschöpfung leistungsloser Einkommen, insbesondere eine praktikable Erbschaftssteuer (nach Treuhandmodell)
- für einen Ausbau des Bildungswesens, von KITAs über Schulen bis Universitäten (alles frei von Gebühren)

sollte keinem Sozialdemokraten bang sein.

Weitere Vorschläge für linke Initiativen der SPD wären ein Rechtsschutzfonds für „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und eine Absturz-Versicherung“ gegen zu schnelles Hartz IV

Lieb wäre zumindest mir, wenn sich die SPD überall einheitlich für eine Stärkung des Bundes (und der Kommunen) gegenüber den Ländern einsetzen würde; denn unser Föderalismus ist verlogen und in weiten Gebieten schädlich, insbesondere in der Bildungspolitik, aber auch durch zu viele Rechte des Bundesrates.

Und beim Klimaschutz wäre mir wichtig, dass Deutschland und EU voranzugehen, aber sich immer wieder vergewissern, dass andere auch wirklich folgen. Solitär

radikaler Klimaschutz wird wegen der Kosten soziale Gegenkräfte wecken, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Dein ....., Bonn, 19. März 2010

+++++

Bonn, 26. März 2010

Lieber Freund,

ich habe ebenso wie Du gelacht, als ich kürzlich von der Firma Murray Hill las, die für einen Sitz im Repräsentantenhaus des US-Kongresses kandidieren will. Diese anklagend humoristische Aktion bringt auf den Nenner, worum es bei **Parteispenden** von Firmen tatsächlich geht: sie wollen Einfluss auf die staatlichen Entscheidungen kaufen.

Anlass in den USA war ja eine höchstrichterliche Entscheidung, dass sich Firmen mit eigenen Beiträgen in den Wahlkampf einmischen dürfen; damit wurde jeder Versuch gesprengt, demokratischen Wahlen einen gewissen finanziellen Fairness-Rahmen zu geben. Nicht mehr das finanzielle Engagement der Wähler wird fürderhin zählen, wenn es um die „Kampfbörsen“ geht, sondern das große Kapital, dass sich eben seine Regierungsmehrheit mit Werbekampagnen selbst verschafft. Klar, dass dies einer demokratischen Mehrheit im Kongress oder einem demokratischen Präsidenten praktisch jede Chance nimmt; die rechtsradikale republikanische Partei wird damit zum Dauersieger! Ade, Liberalität und sozialer Ausgleich, und ade transatlantische „Wertegemeinschaft“, soweit diese überhaupt noch besteht.

Man komme mir nicht mit dem Argument, der Bürger lasse sich doch von den dümmlichen Wahlspots nicht beeinflussen; letztlich treffe er doch seine Wahl-Entscheidung souverän nach Abwägung aller Informationen. Wenn es so wäre, gäbe längst keine Werbewirtschaft mehr; und natürlich wirken vor allem die polarisierenden Angriffe und das Schüren von Ängsten vor den Plänen des Gegners. Wie gegenwärtig in den USA seitens der republikanischen Partei und ihrer Hilfstruppen gegen Präsident Obama und seine Reformpläne mobilisiert wird, zeigt ja erkennbar Wirkung; auch deutsche Wahlkämpfe sind oft durch wenige Kampagnen entschieden worden, die kurz vor der Wahl durch massive Präsenz des Themas in den Medien alles andere verdrängt haben.

Für uns in Deutschland ist die Entwicklung ähnlich gefährlich– nicht nur, weil noch alles über den Atlantik herüber geschwappt ist, was in Amerika Mode war, sondern auch, weil uns Handels- und Sicherheitsinteressen an die USA binden.

Sind wir so weit von amerikanischen Verhältnissen entfernt? Ich meine: nein. Das liegt insbesondere daran, dass auch bei uns juristische Personen Spenden an Parteien geben dürfen, ohne dass das jemanden aufregt. Man muss doch fragen, wie ein Unternehmen, bzw. sein Vorstand darüber entscheidet, welche Partei wie viel erhält. Das Unternehmen kann doch als solches keine parteipolitische Meinung haben, es hat ja auch keine Wahlstimme – das muss seinen wahlberechtigten Mitarbeitern, Eigentümern bzw. Aktionären überlassen bleiben. Da ein Vorstand Gelder des Unternehmens nur im Unternehmensinteresse verwenden darf (das steht wohl ungefähr so im Aktienrecht), muss der Zweck jeder Spende eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen zum Vorteil des Unternehmens sein – also Korruption. Anders wäre es nur, wenn ein Unternehmen alle Parteien gleichmäßig bedenken würde, um einer staatsbürgerlichen Pflicht zur Förderung der Demokratie insgesamt nachzukommen.

Es ist wohl auch kein unfairer Verdacht, dass die Unternehmensspenden in ihrer extrem asymmetrischen Adressierung dem politischen Geschmack nur der Personen entsprechen, die im Vorstand oder Aufsichtsrat entscheiden. Wer diese beiden Kriterien bedenkt, die Unternehmensinteressen und die persönlichen Präferenzen der Entscheider, der wird sich nicht mehr über die hohen Spendeneinnahmen bei FDP und den Unionsparteien wundern.

Was also ist so verschieden von den USA? Es ist meines Erachtens an der Zeit, Parteispenden von Unternehmen als Korruption zu skandalisieren, also eine öffentliche Debatte darüber anzufachen, an deren Ende ein Verbot stehen sollte.

Selbstverständlich betrifft das nicht das Recht von Unternehmern, Aktionären oder Gesellschaftern, als Person zu spenden, an wen sie mögen, aber doch bitte aus ihrem privaten Einkommen!

Dein ....., Bonn, 26. März 2010

+++++